

**Einberufung von Reserve-Offizieren
im Reich des „Friedens-
kanzlers“ Hitler.**

Berlin, 14. Juni. Für den 1. Juli sind, wie wir schon von bestunterrichteter Seite erfahren, 5500 frühere Armeedoffiziere und 350 frühere Seeoffiziere zu sechs-wöchentlichen Übungen im Rahmen der Reichswehr, beziehungsweise der Reichsmarine einberufen worden. — Die Nominierung dieser Offiziere nach militärischen, politischen Gesichtspunkten erfolgte durch die Offiziers-Verbände, in erster Linie den „Nationalverband deutscher Offiziere“, den „Deutschen Offiziersbund“ und den „Marine-Offiziers-Verein“; Voraussetzung ist, daß jeder der Offiziere Vorkriegsausübung besitzt und den Krieg wenigstens während zwei Jahren an der Front mitgemacht hat. Die betreffenden müssen gesund und mindestens garnisondienstfähig sein. Die Prüfung nach politischen Gesichtspunkten erfolgte durch die örtlichen Dienststellen der nationalsozialistischen Partei; in erster Linie sollen solche Offiziere ausgewählt werden, die der Hitlerpartei schon vor dem 30. Jänner d. J. angehört oder ihr nahestanden haben. Offiziere, die nicht der Hitlerpartei oder der Deutschnationalen Partei angehören oder nicht nachweislich mit diesen Parteien seit längerer Zeit sympathisieren, sind ausgeschlossen.

Die am 1. Juli beginnenden Übungen werden sechs Wochen in Anspruch nehmen. Die Offiziere sollen ihrem früheren Rang entsprechend beschäftigt und fortgebildet werden; ihre Einweisung, Unterbringung, Verpflegung und Befolgung erfolgt von Staatswegen. Frühere (also kaiserliche) Uniformen können getragen werden gegen entsprechende Vergütung. Am 15. August d. J. soll ein zweiter Kursus für die gleiche Anzahl von Offizieren beginnen; dieser zweite Kursus endet am 1. Oktober. Für diesen zweiten Kursus sind für die Zukunft werden bei jedem Reichswehr- und Reichsmarine-Kommando besondere Ausschüsse zur Prüfung der Anwärter gebildet; diese Ausschüsse bestehen aus je einem Vertreter der Offiziersverbände, der Reichswehr, bzw. der Reichsmarine und einem Bevollmächtigten der nationalsozialistischen Partei. Ein dritter Kursus ist für das laufende Jahr vorerst nicht vorgesehen.

Dortmunder „Kampfring“ aufgelöst.

Dortmund, 15. Juni. Der Polizeipräsident hat gestern den deutschen Nationalen Kampfring für den Präzisionsbezirk Dortmund auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat sowie des Polizeiverwaltungsgesetzes aufgelöst. Es wurde festgestellt, daß etwa 75 der neu aufgenommenen Kampfringmitglieder noch bis März 1933 zur SPD oder KPD gehörten. Teilweise handelte es sich sogar um ehemalige Funktionäre der SPD und, so wird behauptet, um solche Leute, die sich noch im März an Überfällen auf SA-Leute beteiligt hatten. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie im Interesse der ungehinderten Durchführung der nationalen Revolution hatte dieses Verbot ergehen müssen. Es soll dabei anerkannt werden — heißt es schließlich in dem Polizeibericht — daß die Führung des Kampfringes eine direkte Schuld an den vorhandenen Zuständen nicht trifft.

Reichsdefizit mindestens 3,8 Milliarden

Berlin, 14. Juni. In der heutigen „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht der frühere Ministerialdirektor Dr. Brecht vom preussischen Staatsministerium einen detaillierten Artikel über die Finanzlage des Reichs. Brecht erklärt hierbei, daß man dem „sichtbaren“ Defizit auch die unsichtbaren Posten hinzufügen müsse, wenn man brauchbare Ergebnisse erhalten wolle; zu diesen unsichtbaren Posten rechne Brecht in erster Linie die Papenschen Steuergutscheine, die Schatzscheine, die Kautionsen des Reichs für Banken und Industrien und gewisse Kredite für die Durchführung öffentlicher Arbeiten. Dann würde sich ergeben, daß das tatsächliche Defizit nicht, wie der Reichsfinanzminister kürzlich erklärt habe, 1,8 Milliarden Reichsmark, sondern mindestens 3,8 Milliarden Reichsmark betrage. — Wir sind gespannt, wann man Dr. Brecht wegen dieses mutigen Kampfes gegen staatliche Schönfärberei in Schutzhaft nehmen wird!

**Wie man den österreichischen Presseattaché
in Berlin behandelte!**

Ohne Beispiel in der Geschichte der Diplomatie.

Berlin, 15. Juni. Ueber die Umstände, die die gestrige Festnahme und vorübergehende Inhaftierung des österreichischen Presseattachés Dr. Wasserbaed begleiteten, konnten erst heute nähere Nachrichten gewonnen werden. Darnach spielten sich die Ereignisse folgendermaßen ab: In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch wurde vor 2 Uhr früh an der Wohnung Dr. Wasserbaeds geklopft und drei Polizisten sowie drei SA-Mitglieder verlangten Einlaß. Dr. Wasserbaed schaute es unter dem Hinweis darauf, daß er die Exterritorialitätsrechte genieße, ab, die Türe zu öffnen. Er fügte hinzu, daß er über den Fall seinen Gesandten sowie die österreichische Regierung telephonisch verständigen werde. Nach 3 Uhr früh kehrten die Polizisten und die SA-Mitglieder zurück, brachen die Türe auf und führten Dr. Wasserbaed auf das Polizeipräzidium. Dort wurde der österreichische Presseattaché einige Male nacheinander einem Verhör unterzogen. Auf die wiederholte Erklärung Dr. Wasserbaeds, er sei durch das Exterritorialitätsrecht geschützt, antwortete der verhörende Kommissar, daß ihm das nichts angehe. Dann wurde Dr. Wasserbaed in eine Zelle

abgeführt, die er mit fünf anderen zu verurteilenden Strafen verurteilten Häftlingen teilen mußte. Da sich Dr. Wasserbaed ausruhen wollte, ersuchte er um eine Bettdecke. Der Wächter lehnte es jedoch ab, diesem Wunsche zu entsprechen und erklärte, er könne eine Decke nur in dem Falle bringen, wenn dies der Arzt vorsehe und die Türe geöffnet werde. Gegen 9 Uhr vormittags wurde Dr. Wasserbaed in eine leere Zelle überführt, wo er einschlief. Kurz darauf kam ihn aber der Wächter weden und teilte ihm mit, daß man am Tage im Gefängnis nicht schlafen dürfe und nach den Vorschriften auf der Bank sitzen müsse. Hierauf kam sich der Wächter noch einmal überzeugen, ob Dr. Wasserbaed seiner Meinung Folge leiste. Schließlich wurde der österreichische Presseattaché gegen Mittag neuerlich dem Polizeikommissar vorgeführt und mußte eine Erklärung unterschreiben, daß er auf die Exterritorialitätsrechte verzichte und sich verpflichte, vor seiner Abfahrt aus Deutschland keine öffentliche Erklärung abzugeben.

**Anschlag auf das Fernkabel nach Wien.
Telephonleitungen vom Semmering aus gestört.**

Graz, 15. Juni. (N.) Das Verstärkeramt des Postamtes in Brud a. d. Mur bemerkte heute um 2 Uhr früh Störungen in den Fernleitungen nach Wien. Die sofort vorgenommene Untersuchung führte zur Aufdeckung eines Anschlages auf das Fernkabel nach Wien und auf das Bezirkskabel Semmering-Mürzzuschlag. Der Anschlag auf die beiden Kabellösungen wurde ein Kilometer außerhalb der Ortschaft Steinhaus am Semmering ausgeführt. An dieser Stelle war ein ein Meter langes und 40 Zentimeter breites Loch bis zu dem einen Meter tief in der Erde liegenden Kabellösung ausgehöhlt und die im Kanal eingeschlossenen zwei Kabel mit einem Krampfen beschädigt worden. Das Bezirkskabel wurde vollständig durchtrennt,

das Fernkabel schwer beschädigt. Sämtliche Telephonleitungen nach Wien sind gestört. Im Laufe des Vormittags konnten einige Adern provisorisch wiederhergestellt werden.

Weitere Terrorakte.

Wien, 15. Juni. Die Terrorakte, von denen Wien seit dem ersten Bombenanschlag heimgesucht wird, fanden auch in der vergangenen Nacht ihre Fortsetzung. Es wurden insgesamt 14 weitere Telephonzellen unbrauchbar gemacht, insbesondere im 19., 14., 15. und 5. Bezirk. Im 17. Bezirk wurden einige Auslagefenster eingeschlagen.

**Dollfuß und Großmaul
Eine Erklärung des Bundeskanzlers**

London, 15. Juni. (Reuters.) In einem Interview mit einem Vertreter des Reuters-Büros erklärte heute der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß, die Nationalsozialisten in Oesterreich begingen derzeit Terrorakte, um den Eindruck zu erwecken, als ob die österreichische Regierung nicht Herr der Lage sei. Der Bundeskanzler bedauerte ferner, daß alle Maßnahmen der Wiener Regierung gegen die NSDAP Oesterreichs fälschlicherweise als unfreundliche Akte gegen das Deutsche Reich angesehen werden und erklärte, daß die Haltung der österreichischen Regierung gegenüber der NSDAP Oesterreichs eine Angelegenheit von rein innerösterreichischem Interesse sei. Um die gegenwärtige Spannung zu beseitigen, sei guter Wille von beiden Seiten notwendig und bei Oesterreich sei der gute Wille bestimmt vorhanden.

und eine Antwort aus Berlin

Zu diesen Ausführungen des österreichischen Bundeskanzlers fügt das offizielle Berliner Wolff-Büro hinzu:
Die Behauptung der österreichischen Regierung, als ob ihr Vorgehen gegen ihre eigenen Staatsangehörigen in Deutschland als unfreundlicher Akt gehalten werde, geht fehl. Die deutsche Regierung betrachtet diesen Teil der Maßnahmen der Regierung Dollfuß als eine innerösterreichische Angelegenheit. Als eine innerösterreichische Angelegenheit kann es aber nicht angesehen werden, wenn die österreichische Regierung Reichsdeutschen in Oesterreich das Tragen von Salbentkreuzen verbietet, wenn sie Reichsdeutsche ihrer nationalsozialistischen Parteizugehörigkeit halber verhaftet oder schließlich unter

Bruch des Völkerrechtes den Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Wien ins Gefängnis sperrt. Hier liegt, wie heute mittags von Reichsminister Dr. Goebbels den Vertretern der deutschen Presse auseinander gesetzt worden ist, die wahre Ursache des Konfliktes. Der gute Wille, diesen Konflikt zu beseitigen, den Herr Dollfuß von der deutschen Regierung fordert und als bei ihm vorhanden in Anspruch nimmt, leuchtet aus solchen Handlungen nicht hervor.

**1142 Nazis in Oesterreich verhaftet.
Darunter 387 Staatsbeamte.**

Wien, 15. Juni. Heute liegen die ersten zusammenfassenden Berichte über die durch die Terrorakte der Nationalsozialisten notwendig gewordene Säuberungsaktion im gesamten Bundesgebiet vor. Nach diesen Berichten sind bisher 1142 nationalsozialistische Funktionäre verhaftet und den zuständigen Gerichten eingeliefert worden. Die abschließenden Berichte aus dem Burgenlande, aus Salzburg und Vorarlberg sind noch ausständig. Die meisten Verhaftungen erfolgten in Niederösterreich und dann in Steiermark. Unter den 1142 Verhafteten befinden sich 387 Staatsbeamte, weiter 81 Bürgermeister, 47 Staatsräte, 111 Gemeinderäte, 214 Bezirksfunktionäre, 37 Gendarmeriebeamte, 21 Soldaten und Unteroffiziere, 7 Richter und 3 Staatsanwälte, 41 Lehrer, 37 Rechtsanwälte, 61 Eisenbahner, 47 Landesbeamte usw. Im Verlaufe des heutigen Tages wurden in Vregenz und in Dornbirn 2 nationalsozialistische Landtagsabgeordnete zur Polizei vorgeführt und einem Verhör unterzogen, später aber wieder freigelassen. Auf Schloss Hardegg wurde die dort befindliche SA-Unterschule aufgelöst. Der Schlossbesitzer Graf Johann Hardegg wurde verhaftet und dem Kreisgerichte in Rorneuburg überstellt.

Neuer Zolltarif.

Auf Grund des wirtschaftspolitischen Ermächtigungsgesetzes wird nun als erste Verordnung der Regierung, welche Gesetzeskraft hat, der neue Zolltarif kundgemacht. Es geschieht dies mit Hilfe einer Regierungsverordnung und nicht auf dem üblichen parlamentarischen Wege deswegen, weil der tschechoslowakische Zolltarif geregelt sein muß, bevor es auf der gegenwärtig in London tagenden Weltwirtschaftskonferenz zu einem internationalen zollpolitischen Abkommen, bzw. zu einem Zollwaffenstillstand kommt.

Die Art, wie heute die zollpolitischen Fragen geregelt werden, entspricht nicht den Grundsätzen der Sozialdemokratie, welche die zollpolitische Entwicklung der letzten Jahre als verderblich ansieht. Die Nachkriegszeit hat eine noch nie dagewesene Entwicklung zu uns gebracht. In der Tat gesehen, wodurch die Länder wirtschaftlich immer mehr voneinander abgeschlossen werden und das allgemeine Preisniveau erhöht wird. Demgegenüber entspricht es den Interessen des Proletariats, zu einer weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zu gelangen, bei welcher alle Waren dort erzeugt werden, wo sie am billigsten hergestellt werden können. Das hätte ein allgemeines Sinken des Preisniveaus zur Folge, wobei die Bedürfnisse der Menschen insbesondere der breiten Massen am reichlichsten befriedigt werden könnten. Aber die Sozialdemokratie hat heute nicht die Macht, ihr zollpolitisches Programm durchzusetzen. Die von der ländlichen und städtischen Bourgeoisie geforderten schutzzöllnerischen Kräfte sind stärker als jene zollpolitischen Bestrebungen, die den Interessen der breiten Massen entsprechen.

Dazu kommt noch, daß die Tschechoslowakei als einzelner Staat schwer den Ring der hochschutzzöllnerischen Staaten durchbrechen kann. Die gegenwärtige Regierung der Republik ist eine Koalitionsregierung, in der die Sozialdemokratie nicht allein entscheidet, sondern in der immer wieder das Einverständnis zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien der Regierung gesucht werden muß. Die Spuren dieser Zusammenarbeit trägt auch die neue Zollverordnung. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß ursprünglich die Agrarier enorme Forderungen nach Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle gestellt haben, daß aber im Laufe des zähen Kampfes, der in den letzten Tagen um jede Position des Zolltarifes geführt wurde, eine Herabsetzung der ursprünglich höheren Forderungen der Zollinteressenten durchgeführt werden konnte, so daß es sich im allgemeinen nur um mäßige hinaufhebung einiger Zollsätze handelt.

Von den etwa 600 Posten des Zolltarifes sind ungefähr ein Viertel, genau 167 Zollsätze geändert worden. Die Grundsätze, von denen man hierbei ausging, waren, daß kein Zoll von industriellen Rohstoffen erhoben werden dürfe, damit die industrielle Produktion nicht verteuert werde und daß auch die Zölle von Halbfabrikaten sich in mäßigen Grenzen halten, daß der Abschluß von Handelsverträgen nicht verhindert und das Interesse der Konsumenten geschützt werde. Wenn z. B. auch einige Zölle von Nahrungsmitteln erhöht worden sind, so fällt dies nicht besonders ins Gewicht, so ist zwar der Zoll auf Weizen erhöht worden, aber tatsächlich nur dadurch, daß die bisherigen Gebühren, die dem Getreidesyndikat zu entrichten waren, nunmehr in den Zoll eingerechnet werden. Auch an den Zollsätzen hat sich nicht viel geändert. Dagegen wurde der Zoll auf Eier und insbesondere der auf Fett hinausgehoben. Die Erhöhung des Eierzolles hat keine besondere Bedeutung, weil Eier gegenwärtig nicht in großen Mengen eingeführt werden und der Margarine Zoll, bei dem die Erhöhung beträchtlich ist, kann nicht in Kraft treten, weil er vertraglich gebunden ist. Uebrigens ist beim Weizen Zoll auch nicht an den Schutz der Konsumenten vergessen wor-

